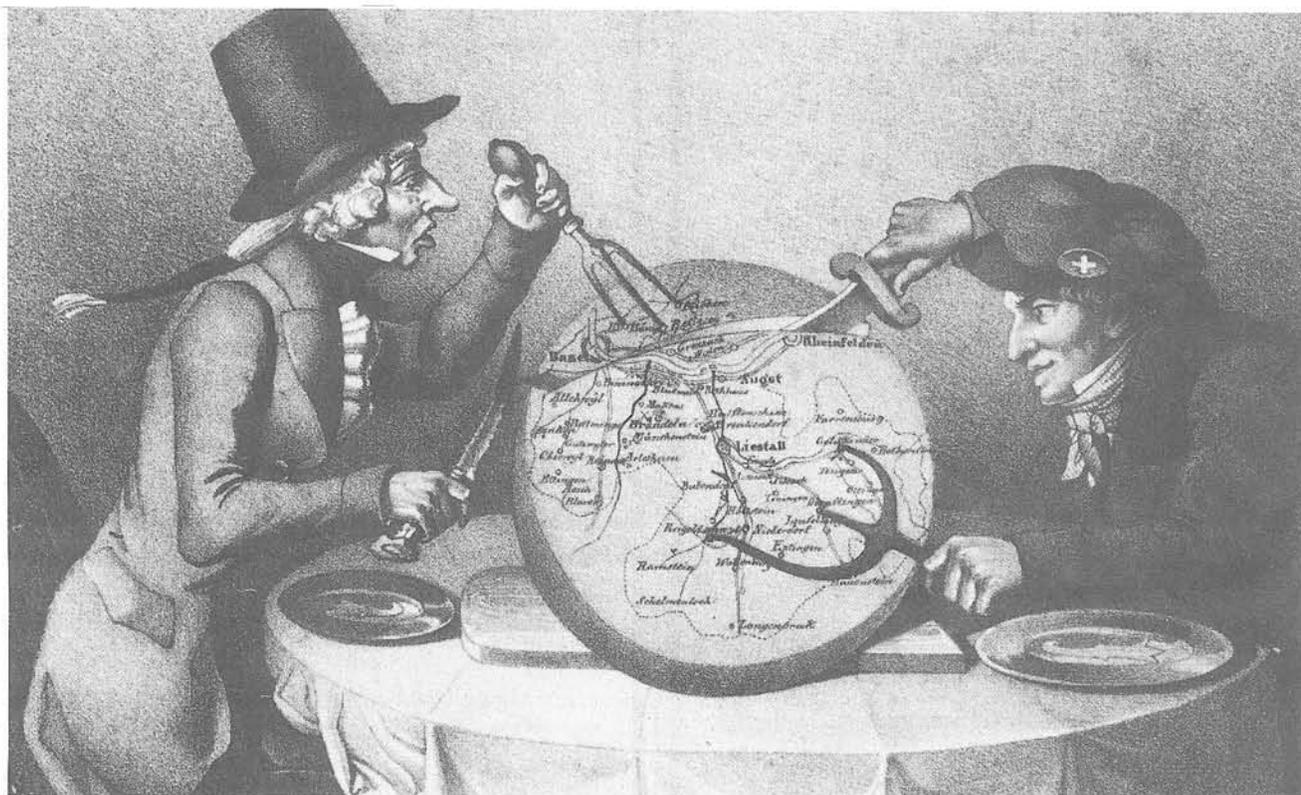


Baselbieter Not trübt Partnerschaft mit Basel

Der Kanton Baselland muss dringend und massiv sparen, was in Basel-Stadt gemischte Gefühle auslöst



Städter

Die Theilung.

Bauer

Im 19. Jahrhundert sagte sich die Landschaft von Basel-Stadt los, was bis heute politisch nachwirkt.

CHRONIK DER SCHWEIZ

Dieses Jahr steht dem Kanton Basel-Landschaft, einst Musterknabe in finanzpolitischen Fragen, eine grosse und politisch umstrittene Sparübung bevor. Das stellt auch die Beziehungen zum Kanton Basel-Stadt auf die Probe.

Daniel Gerny, Basel

Lange Gesichter prägten den Neujahrsempfang der baselstädtischen Regierung. Draussen herrschte unfreundliche und graue Stimmung – im Innern des Volkshauses war es kaum anders: Von den allesamt eingeladenen Regierungsräten des Nachbar- und Partnerkantons Basel-Landschaft, fünf an der Zahl, war kein einziger erschienen, um die guten Wünsche der Basler entgegenzunehmen. Wirkungslos verloren sich die Appelle des stellvertretenden Basler Regierungspräsidenten Carlo Conti zu mehr Einheit in der Region in der Weite

des Raums. Man wunderte sich übereinstimmend – und war dennoch nicht wirklich erstaunt.

Eine Demo in Liestal

Das Verhältnis zwischen den beiden Basel war nie wirklich entspannt, doch seit einiger Zeit sind die Beziehungen wieder schwieriger. Der peinliche Zwischenfall zu Jahresbeginn ist eine unbedeutende Fussnote, doch er passt ins Umfeld: Schon immer gab sich das Baselbiet distanziert. In einem freiheitlich motivierten Akt hatte sich die Landschaft im 19. Jahrhundert von Basel-Stadt losgesagt, was sich bis heute auf die politische Struktur und die Rahmenbedingungen auswirkt: hier die rotgrün dominierte und gewerkschaftlich geprägte Stadt, da der freisinnige Landkanton mit tiefen Steuern und landesweit einzigartigen Bausparmodellen, der bis 2008 schwarze Zahlen schrieb. Im Gegensatz zu den roten und verschwenderischen Städtern stand man hier auf finanziell solider Basis.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse gedreht. Nun steht der Kanton Baselland vor einem schwierigen Jahr. Das Image des finanziellen Musterkantons ist weg: Das kumulierte Defizit für die drei kommenden Jahre beträgt über eine halbe Milliarde Franken. Dafür gibt es verschiedene Ursachen, eine ist die Realisierung von zu vielen und zu teuren Projekten, eine andere die Mehrbelastungen durch den Bund. Selbst der überraschend doch eintreffende Geldsegen aus der Nationalbank sorgt nicht wirklich für Entspannung, weil Finanzdirektor Adrian Ballmer die Ausschüttungen trotz düsteren Aussichten nie aus dem Budget gestrichen hat. Deshalb muss im März das Parlament und voraussichtlich im Juni das Volk über ein Entlastungspaket im Umfang von 180 Millionen Franken entscheiden.

Schon heute ist klar, dass dies kein einfaches Unterfangen wird: So werden alleine in der Bildungsdirektion 134 Vollzeitstellen gestrichen, was nicht nur den Protest von Lehrerinnen und Lehrern bewirkt, sondern breiten Wider-

stand auf sich zieht. Vor Weihnachten kam es deswegen gar – ein Unikum – zu einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude im sonst gemütlichen Liestal.

Verschwendung, Defizite, Spar- druck, Proteste und drohende Steuer- erhöhungen – das alles kennt man im Stadtkanton bestens, auch wenn die finanzielle Situation hier dank den Steu- ereinnahmen aus der Wirtschaft derzeit wesentlich komfortabler ist. Doch die unangenehme Lage im Baselbiet be- wirkt nicht etwa eine Solidarisierung, sondern sie verstärkt die gegenseitigen Abwehrreflexe. Das Sparpaket umfasst auch die Überprüfung von Staatsverträ- gen mit dem Kanton Basel-Stadt mit dem Ziel, 10 Millionen Franken einzu- sparen. Schon bei der Finanzierung des Theaters Basel zeigte sich das Baselbiet knausrig, obwohl fast die Hälfte der Be- sucher von hier kommen. Nun gerät bei- spielsweise die Kooperation im Uni-Be- reich unter Druck. Die erneuten Spar- pläne machen die Basler Regierung des- halb stutzig: Nicht nur bei Apéros und

Empfängen könnte der Nachbarkanton bald fehlen, befürchtet der Stadtkanton.

Doch zur Wiedervereinigung?

Ende Jahr trafen sich die beiden Regie- rungen zu einer Aussprache, wobei es sich, wie bezeichnenderweise umge- hend versichert werden musste, nicht um eine Krisensitzung gehandelt habe. Zwar werden sich die beiden Kantone auch künftig partnerschaftlich arrangie- ren. Doch Fortschritte in der Partner- schaft, wie sie in den vergangenen Jah- ren gemacht wurden, rücken in die Ferne. Dabei ist manches in den beiden Basel, die zwar nicht mehr als Halb- kantone bezeichnet werden, aber den- noch nur je einen Ständeratssitz haben, schon jetzt von Prestige und Besitz- standwahrung geprägt – beispielsweise, wenn überbeuerte Spitalstrukturen auf- rechterhalten werden.

Das Partnerschaftsmodell stosse an Grenzen, diagnostizieren die Grünen nicht zu Unrecht. Sie planen eine Volks- initiative zur Wiedervereinigung der beiden Basel, wie sie in den 1960er Jah-

ren verworfen worden war. Es ist kein Zufall, dass das Thema ausgerechnet jetzt wieder auf die Traktandenliste kommt, doch aus realpolitischer Sicht ist der Zeitpunkt für solche Diskussio- nen ungünstig. Ebenso wenig zielgerich- tet ist eine Initiative unter Führung des früheren Nationalrates Hans Rudolf Gysin (fdp., BL), die in die Gegenrich- tung zielt: Sie will die beiden Basel zu vollwertigen Kantonen mit je zwei Stan- desvertretern aufwerten. Ausser zwei zusätzlichen Stimmen im Ständerat (welche die Region aber oft nicht ge- bündelt einsetzt) bringt dieses Vorha- ben nicht viel. Sie unterstreicht zwar die Unabhängigkeit der Landschaft von der Stadt, die aber de facto immer kleiner wird. Gysins Vorhaben ist gewisser- massen das Gegenstück zur latenten Schadenfreude, die sich mancher Basler ob des finanziellen Malaises im vor 180 Jahren abtrünnig gewordenen Baselbiet auch heute nicht ganz verkneifen kann. Keine Frage: Die beiden Basel hätten gegenseitige gute Wünsche fürs neue Jahr bitter nötig.